

Notbremse für den Föderalismus

VON HOLGER MÖHLE

Dieses Machtwort der Bundeskanzlerin kommt per Gesetz. Bund, Länder und auch die Europäische Union haben im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie genug Zeit verplempert. Erst zu wenig Impfstoff geordert, dann zu wenig Tests bereitgestellt und nach der Bund-Länder-Runde vom 3. März – beim Anrollen der dritten Welle – zu früh gelockert, sonst wäre die Republik jetzt schon weiter. Mit dem Fahren auf Sicht kann dieses föderale Chaos jedenfalls schon länger nicht mehr begründet werden.

Doch nun hat Angela Merkel ihre ganz eigene Corona-Notbremse gezogen. Der Bund will jetzt klare Regeln schaffen und mit der geplanten Änderung des Infektionsschutzgesetzes den Ländern deren phasenweise eigenwillige Regie aus der Hand nehmen. Die Länder haben sich diesen Kurswechsel der Bundeskanzlerin, die das Heft des Handelns an einer zentralen Stelle nun in die Hand genommen hat, auch selbst zuzuschreiben. Mancher Ministerpräsident war erst für harte Beschränkungen, sprach sich bald danach wieder für Öffnungen aus, um schließlich doch wieder für den nächsten Lockdown zu plädieren.

Merkel zieht ihre Konsequenz aus dem verunglückten Beschluss einer Osterruhe, die dann doch nicht kam. Nun ist die Notbremse nicht mehr Auslegungssache, sondern greift und zieht per Gesetz automatisch. Die Länder bekommen jetzt die Bundes-Notbremse. Vor allem die Kommunen werden sich dafür besonders bedanken, weil sie die Beschränkungen größtenteils umsetzen und dann damit leben müssen. Doch diese Pandemie ist noch lange nicht zu Ende. Bislang ist erst ein geringer Teil der Bevölkerung geimpft. Zu warten, bis alle Corona-Intensivbetten belegt sind, ist keine Lösung. Diese Notbremse tut weh. Aber sie ist richtig, weil sie sein muss.

BERICHT DAS BRINGT DAS NEUE INFEKTIONSSCHUTZGESETZ, POLITIK

Viele alte Kamellen und eine wegweisende Idee

VON BIRGIT MARSCHALL

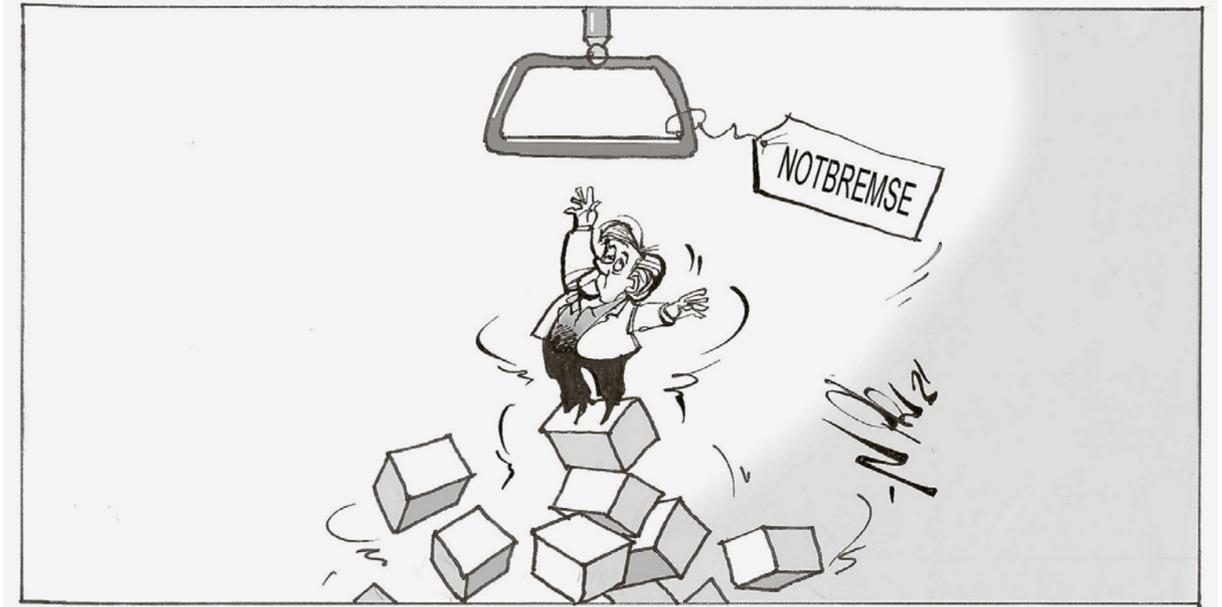
Steuerentlastungen, Bürokratieabbau, flexibler Renteneintritt – das FDP-Wahlprogramm enthält viele alte Kamellen. Doch haben die Liberalen ihre Agenda in diesem Jahr mit einigen Neuerungen garniert, die das Interesse neuer Wähler wecken können. Zum Beispiel die sogenannte Verantwortungsgemeinschaft für alle, die zwar keine volle Ehe anstreben, aber dennoch füreinander einstehen möchten, vor allem im Alter. Die Gemeinschaft nach französischem Vorbild wollen die Liberalen für zwei oder auch mehrere Partner einführen. Die Liberalen orientieren sich dabei an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen, die etwa als enge Freunde aufeinander achten, die in einer Senioren-Wohngemeinschaft oder in Patchwork-Familien leben.

Mit dem neuen Modell sollen solche Verbindungen Rechte erwerben können, die ihnen bislang verwehrt sind. So sollen sie Auskunfts- und Vertretungsrechte gegenüber Behörden, Ärzten oder Banken erhalten, wenn ein Partner Hilfe benötigt. Auf der anderen Seite sollen die Partner auch Verpflichtungen zur gegenseitigen Pflege und Fürsorge eingehen, bis hin zu Unterhaltszahlungen. Umgekehrt soll der Staat die Gemeinschaft belohnen: Die FDP denkt etwa an Vorteile durch das Pflegezeit- und Familienpflegegesetz, bei Steuer, Rente oder im Erbschafts- und Schenkungsrecht. Die Idee der Verantwortungsgemeinschaft könnte wegweisend sein in einer alternden Gesellschaft, der das Pflegepersonal ausgeht. Viele Menschen leben, gewollt oder ungewollt, allein. Das Entstehen guter Freunde füreinander ist ungemein wichtig geworden.

Der Ruf der FDP nach der Modernisierung des Staates, wieder mehr Mut zur Marktwirtschaft und Entlastungen dürfte nach der Regulierungorgie in der Corona-Pandemie wohl ebenfalls wieder mehr verfangen als bei der vergangenen Bundestagswahl.

BERICHT SCHLAGABTAUSCH IN DER BUNDESTAGSFRAKTION, POLITIK

Impressum RP



AUF BASIS DER LÄNDER

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Heino hat für die Düsseldorfer Tonhalle einen „deutschen Liederabend“ angekündigt. Diese Formulierung wollte der Intendant ändern. Jetzt hat sich der Oberbürgermeister auf Heinos Seite gestellt – ein bedenklicher Schritt.

Er will doch nur singen

VON WOLFRAM GOERTZ

Heinz Georg Kramm haben wir viel zu verdanken, er ist ein feiner Künstler, viele mögen ihn, und zwar aus guten Gründen. Die musikalische Sozialisation vieler Menschen hat er als singender Animateur begleitet; wer Herrn Kramm oft im Fernsehen erlebt hat, konnte in früheren Jahren die gute alte „Mundorgel“ zuklappen, jene „Mao-Bibel“ des Liedgesangs, die oft an Lagerfeuern zum Einsatz kam, wo wir von Bolle unterwegs nach Pankow sangen.

Kramm, der irgendwann Heino hieß, nie Gesang studierte und trotzdem eine hörensweite, nicht in allen Lagen tadellose, aber geschmackssicher eingesetzte Bassbariton-Stimme besitzt, hat schon früh auf anderes Repertoire abgehoben. Er hat Mozart und Bach vorgetragen, hat sich Pop und Rock genähert und seine Hits sogar im Metal-Stil zu Gehör gebracht. Man musste das nicht alles gut oder gar überzeugend finden, doch die Unerschütterlichkeit, mit der er bald auch in Sätteln saß, bei denen die Pferde eine Nummer zu groß oder zu wild für ihn waren, nötigte einem Respekt ab.

Geistig pausbäckig wirkte Heino nie, gegen die ideologische Vereinnahmung durch rechts denkende Vereinsmeier hat er sich tatkräftig gewehrt. Stets argumentierte er damit, dass manche Lieder nicht zwingend dadurch kontaminiert worden seien, dass sie in der Nazizeit eine Vitalisierung und geistige Umlenkung erlebt hätten. Andererseits gab und gibt es den „Schock der Wirkungsgeschichte“, wie der Literaturwissenschaftler Hermann Kurzke es einmal formulierte. Ein Lied an sich mag im Moment seines Entstehens unproblematisch sein. Aber es kann im Laufe der Zeit missbraucht werden – dann verliert es seine Unschuld. Auch Heino hat solche Lieder schon gesungen.

Jetzt gibt es um ihn einen recht bizarren Streit, weil er ein Konzert im Oktober mit absolut unanstößigen Werken von Brahms, Beethoven und Schubert in der Düsseldorfer Tonhalle mit der Parole eines „deutschen Liederabends“ bewerben will. Das fand der Intendant des Konzerthauses, Michael Becker, nicht nur inhaltlich gefährlich (weil es möglicherweise ein problematisches Signal sendet), sondern auch sprachlich unsauber; einen „deutschen Liederabend“ könne es per Definition nicht geben.

Sogleich fühlten sich alle missverstanden, Heino und sein Management legten Beschwerde ein, und Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) hat zu Heinos Gunsten interveniert. Jetzt darf das Plakat gedruckt werden. Geht das in Ordnung?

Knifflige Materie. Jeder weiß ja, was Heino mit einem „deutschen Liederabend“ eigentlich gemeint hat. Womöglich liegt dem Einwand eine philologische Pingeligkeit zugrunde, eine sprachpfelegerische Spitzfindigkeit. Andererseits dulden weder die deutsche Sprache noch die deutsche Geschichte irgendeine Schlampigkeit. Ein „deutscher Liederabend“ steht nicht auf gleicher Ebene mit der „deutschen Küche“, dem „Deutschen Schäferhund“ oder dem „deutschen Singpiel“ (wie Mozarts „Entführung aus dem Serail“). Wer jetzt argumentativ mit Hugo Wolfs „spanischem Liederbuch“ kommt, der übersieht, dass Wolf spanische, ins Deutsche übersetzte Gedichte vertont hat.

Bei Lichte besehen gibt es einen „deutschen Liederabend“ überhaupt nicht. Liederabende können lang sein, teuer, ausverkauft, mitreißend, aber unmöglich „deutsch“. Das Adjektiv funktioniert nicht. Hat man je von einem „finnischen Tangoabend“ gehört? Vielleicht ja, aber dann handelte es sich wohl um eine landsmannschaftliche Tradition, weil etwa in Finnland viel Tango ge-

INFO

So lief der Streit um das Heino-Plakat ab

Plakat Der aus Düsseldorf stammende Sänger Heino will am 8. Oktober 2021 in der Tonhalle auftreten und Lieder von Johannes Brahms, Ludwig van Beethoven und Franz Schubert vortragen. Der geplante Titel des Plakats: „ein deutscher Liederabend“.

Einspruch Tonhallen-Intendant Michael Becker moniert das: Es sei „kein sauberer Terminus“. Außerdem gebe es eine Richtlinie, nach der problematische Inhalte nicht toleriert werden dürfen. Er bittet darum, das Plakat zu ändern.

Empörung Heinos Management ist empört. Es sei absurd, „Heino Nähe zu rechtem Gedankengut zu unterstellen“.

Intervention Düsseldorfs Oberbürgermeister Stephan Keller sieht „in dem Plakat keinerlei nationalistische oder ähnliche Tendenzen“. Die sprachliche Ungenauigkeit sei marginal. Er entscheidet, dass das Plakat unverändert aufgehängt werden darf.



Mit diesem Plakat wird für die Veranstaltung geworben. FOTO: DPA

tanzt wird und man sich einen „finnischen Abend“ (vorher Sauna, danach Dünnsbier, am Ende Traurigkeit zum Akkordeon) sehr gut vorstellen kann.

Aber ein „deutscher Liederabend“ ist eine sehr unglückliche Wahl, weil es diese Tradition gar nicht gibt, es sei denn, es handelt sich um eine Tradition, die in gewissen Kreisen mehr oder weniger heimlich gepflegt wird und die mit dem Absingen einer bedenklichen ersten Strophe beschlossen wird.

Fraglos hat Heino all dies überhaupt nicht beabsichtigt, seine Erregung ist sogar verständlich, weil er sich in eine Ecke gedrängt fühlt, in der er sich gar nicht aufhält. Einen Lockreiz für gewisse Leute wollte er keinesfalls bieten; er will doch nur singen. Und recht hat er insofern, als die unkritischen Großmeister Brahms und Beethoven nicht vedächtig sind, für eine politische Richtung komponiert zu haben. Schubert indes schrieb deutsche Lieder, war aber Österreicher. Jedenfalls wäre es ein Akt der Klugheit gewesen, den Titel zu ändern. „Deutsche Lieder“: Das wäre musikgeschichtlich korrekt und beschrieb bei einem Konzert, das um 20 Uhr beginnt, alles, was beschrieben werden soll.

Beckers Vorschlag in diese Richtung war plausibel. Er hat sein Haus vor jedem falschen Klang zu schützen, der von Werbung ausgehen kann. Dass der Oberbürgermeister in diese ureigene Hoheit eingegriffen hat, mutet bedenklich an. Seine Intervention duldet nicht nur sprachliche Unschärfe, sondern auch die Beschädigung eines Amtes.

Was lernen wir? Es geht ja nicht darum, dass wir uns das Wort „deutsch“ vom Leib halten, sondern um eine Grauzonen-Semantik, die man nicht durch die Mitteilung tilgt, dass sie gar nicht gemeint war. Auf die vielen wunderschönen deutschen Lieder dürfen wir stolz sein, auf die vielen deutschen und deutschsprachigen Komponisten auch. Aber ein „deutscher Liederabend“ ist ein unschöner Ausrutscher.

Vielleicht ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesungen.

WISSENSDRANG

An der Universität Salzburg wurde ein Seminar des Philosophen Georg Meggle abgesagt. Es sollten die ethischen Gründe für und gegen Boykottmaßnahmen als Formen des politischen Widerstands gegen die israelische Siedlungspolitik diskutiert werden. Gegen Meggle wurde der Vorwurf des Antisemitismus erhoben. Das Beispiel zeigt, wie Definitionen von Begriffen zum politischen Kampfplatz werden können. Georg Meggle ist kein Antisemit, wenn man darunter wie er eine feindliche Einstellung gegenüber Juden als Juden versteht. Wie Antisemitismus zu fassen ist, ist jedoch gerade der Streitpunkt. Nach der sehr weiten Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die auch von der Bundesregierung emp-

Was ist Antisemitismus?

Was als jüdenfeindlich gilt, ist umstritten. Das birgt Gefahren für die Debatte.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

fohlen wird, schließt der Begriff Antisemitismus auch eine Kritik an der israelischen Politik ein, die sich nicht in gleicher Weise auch gegen andere Länder richtet.

Beide Definitionen haben Vor- und Nachteile. Die enge Definition Meggles, die auch von anderen Gelehrten in der „Jerusalem Erklärung“ vertreten wird, erlaubt es, Antisemitismus von berechtigter Kritik an der israelischen Politik klar zu unterscheiden. Sie erfasst jedoch nicht die etwa unter deutschen Linken und arabischen Einwanderern nicht selten anzutreffende Neigung zur Anklage israelischer Menschenrechtsverletzungen, während Menschenrechtsverletzungen unter Palästinensern und in den arabischen Ländern viel weniger Aufmerksamkeit erfahren. Die inklusive-

re Definition der IHRA hingegen kann missbraucht werden, um berechtigte Kritik und Nachfragen zur israelischen Politik mit dem rufschädigenden Vorwurf des Antisemitismus zu ersticken.

Wir haben in Deutschland und Österreich eine besondere Verantwortung gegenüber Israel als einem jüdischen Staat. Es wäre jedoch ein Bärendienst gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und der Wissenschaft, eine akademische Diskussion von ethischen Problemen zu verhindern, die auch in Israel pro und kontra diskutiert werden.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.